



Brüssel, den 16. Juni 2017
(OR. en)

10223/17

ECOFIN 529
UEM 199
SOC 479
EMPL 368
COMPET 496
ENV 605
EDUC 294
RECH 232
ENER 285
JAI 597

BERICHT

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Rat (Allgemeine Angelegenheiten)

Betr.: Europäisches Semester 2017: An die einzelnen Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen des Rates zu den nationalen Reformprogrammen für 2017, einschließlich der Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP)

I. EINLEITUNG

Die Kommission hat dem Rat am 22. Mai die Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2017 vorgelegt (siehe Liste in Dokument 9261/17).

Diese Empfehlungen wurden von den zuständigen Ausschüssen (Beschäftigungsausschuss, Ausschuss für Sozialschutz, Ausschuss für Wirtschaftspolitik, Wirtschafts- und Finanzausschuss/Stellvertreterausschuss) geprüft, die bestimmte Fragen auch horizontal geprüft haben mit dem Ziel, die Kohärenz der Empfehlungen an die verschiedenen Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Am 14. Juni hat der AStV (1. Teil) die beschäftigungs- und sozialpolitisch relevanten Aspekte der Empfehlungen erörtert. Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) hat auf seiner Tagung vom 15. Juni eine Orientierungsaussprache über das Europäische Semester 2017 geführt und sich dabei besonders intensiv mit den länderspezifischen Empfehlungen und allen weiteren mit dem Thema zusammenhängenden Aspekten befasst.

II. BERATUNGEN DER MINISTER

In Bezug auf den Inhalt der länderspezifischen Empfehlungen wurden folgende Aspekte besonders hervorgehoben:

- Die Europäische Union befindet sich auf dem Weg einer stetigen wirtschaftlichen Erholung. Das Beschäftigungsniveau hat den höchsten Stand und der Anteil der Bevölkerung, der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist, den niedrigsten Stand seit fünf Jahren zu verzeichnen. Allerdings müssen die Bemühungen fortgesetzt werden, um ein anhaltendes Wirtschaftswachstum sicherzustellen und insbesondere dafür zu sorgen, dass dessen Früchte allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.
- Es wurde begrüßt, dass Beschäftigung und soziale Fragen stärker in den Mittelpunkt der länderspezifischen Empfehlungen gerückt sind, und dabei betont, dass wirtschaftliche Reformen Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit gehen müssen, um ein wirklich inklusives Wachstum zu erreichen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Gestaltung der Reformen mehr auf die langfristigen Ziele ausgerichtet sein muss als darauf, kurzfristig den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. In diesem Sinne wurde der mehrjährige Ansatz der Kommission begrüßt, da die Auswirkungen der Reformen und die Nachhaltigkeit erst nach einem längeren Umsetzungszeitraum erkennbar werden.
- Nach wie vor besteht große Besorgnis angesichts des Problems der Langzeitarbeitslosigkeit, das von mehreren Seiten angegangen werden sollte, unter anderem indem ein Gleichgewicht zwischen einer angemessenen sozialen Unterstützung und wirksamen Aktivierungsmaßnahmen hergestellt wird und für die Menschen Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Kompetenzen bereitgestellt werden.

An den spezifischen länderspezifischen Empfehlungen hat der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) keine Änderungen vorgenommen. Dessen ungeachtet

- war HU der Auffassung, die Kommission habe die bisherigen Fortschritte nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl die Zahlen erkennen lassen, dass in den letzten Jahren insbesondere bei der Bekämpfung von Armut und Segregation im Bildungswesen sowie im öffentlichen Beschaffungswesen erhebliche Fortschritte erzielt worden sind;

- äußerte PL Vorbehalte gegen die von der Kommission vorgenommene Bewertung des besonderen Sozialversicherungssystems für Landwirte (KRUS). Die Kommission habe für diesen Sektor nicht alle relevanten Angaben berücksichtigt, wie etwa die große Zahl der aus diesem Fonds unterstützten Menschen. PL war der Ansicht, dass die Kommission bei der Erteilung von Empfehlungen flexibler sein und den lokalen Gegebenheiten Rechnung tragen sollte und dass ihre Empfehlungen vorrangig auf die Zielsetzungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 ausgerichtet sein sollten.

Zum Prozess:

- Die Minister erkannten an, dass Vorbereitung und Organisation des Europäischen Semesters weiter verbessert wurden. Die reibungslose und konsensorientierte Arbeit auf Ausschussebene wurde ebenso begrüßt wie die größere Flexibilität der Kommission, wenn es darum geht, Kompromisse zu finden.
- Der Umstand, dass die Kommission vor Veröffentlichung der Länderberichte die jeweiligen Mitgliedstaaten konsultiert hat, wurde als willkommener Beitrag zum besseren Ablauf des Prozesses gewertet. Zugleich riefen die Minister zu einer noch umfassenderen Konsultation der Mitgliedstaaten auf, da mehr Eigenverantwortung eine bessere Umsetzung bewirke.
- Einige Minister begrüßten, dass weniger länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen wurden, da dies eine stärkere Konzentration auf die wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten ermögliche. Andere merkten wiederum an, dass die beschränkte Anzahl von Empfehlungen nicht dazu führen sollte, dass verschiedene Fragen in einer länderspezifischen Empfehlung zusammengeführt werden, da dadurch Umsetzung und Überwachung beeinträchtigt würden. Einige Minister bekräftigten auch, dass mehr Zeit für die Prüfung der Empfehlungen zu begrüßen wäre.
- Es wurde betont, dass eine bessere Kommunikation über das Europäische Semester gerechtfertigt sei, um den gesamten Reformprozess inklusiver zu gestalten und für die EU-Bürgerinnen und -Bürger besser verständlich zu machen, was zu einer breiteren Unterstützung der Reformen durch die Öffentlichkeit beitragen könnte. Im Hinblick darauf hoben mehrere Minister die Rolle der Sozialpartner und der zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor.